

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE

Städteverband
Schleswig-Holstein

(federführend 2008)

Schleswig-Holsteinischer
Landkreistag

Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag

Städtetag Schleswig-Holstein • Reventiuallee 6 • 24105 Kiel

Herrn Staatssekretär
Dr. Arne Wulff
Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

24105 Kiel, 14.02.2008

Unser Zeichen: 11.00.10 ze-ma
(bei Antwort bitte angeben)

Chef der Staatskanzlei
Herrn Staatssekretär
Heinz Maurus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/2889

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
Landesrechnungshof
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Herrn Vorsitzenden
Finanzausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Günther Neugebauer -MdL-
Landeshaus
24105 Kiel

PERMIS, Personalmanagement - und -informationssystem

Bericht des Finanzministeriums an den Finanzausschuss über das Ergebnis des Projekts „Kooperation Personaldienste FHH/SH“

Ihr Schreiben vom 30. Januar 2008 und Schreiben des Landesrechnungshofs vom 01. Februar 2008 an den Finanzausschussvorsitzenden

Sehr geehrter Herr Dr. Wulff,
sehr geehrter Herr Maurus,

mit großem Erstaunen haben wir über einen Umdruck des Schleswig-Holsteinischen Landtages erfahren, dass die Landesregierung am 22.01.2008 eine Grundsatzentscheidung über die Vorschläge aus dem Projekt „Kooperation Personaldienste FHH/SH“ getroffen hat. Danach sollen

1. eine gemeinsame rechtlich unselbständige Einrichtung gegründet werden,
2. einheitliche gemeinsame IT-Verfahren eingeführt werden,
3. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zur Gesamtwirtschaftlichkeit des Projektes in Auftrag gegeben werden,
4. ein Vergabeverfahren für ein integriertes Personalmanagementsystem vorbereitet und durchgeführt werden.

In dieser Projektorganisation war zuletzt auch die Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein intensiv beteiligt gewesen. Dies entspricht der zentralen Rolle, die die Versorgungsausgleichskasse für die Bezügeberechnung der Kommunen in Schleswig-Holstein einnimmt. Die Versorgungsausgleichskasse hat die Kommunalverbände über die intensiven Gespräche in der Projektorganisation unterrichtet.

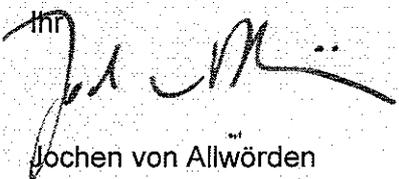
In einem Informationsgespräch des federführenden Finanzministeriums mit den kommunalen Verbänden und der Versorgungsausgleichskasse am **30.10.2006** ist vereinbart worden, dass aufgrund der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Land und Kommunen eine enge Zusammenarbeit zwischen Land und kommunaler Seite auf dem Gebiet des Personalmanagements - insbesondere im Bereich der IT-Fragen bei der Bezügeberechnung - gesucht wird. Zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen wir an dieser Stelle auf das gemeinsam abgestimmte Protokoll zu dieser Sitzung. Auf dieser Basis sollten die Kommunen über ihre kommunalen Landesverbände und die Versorgungsausgleichskasse eng in das einzusetzende Umsetzungsprojekt und in die anstehende Ausschreibung für die IT-Unterstützung des Personalmanagements eingebunden werden. Dazu war den kommunalen Landesverbänden und der Versorgungsausgleichskasse die Übersendung des o. g. Abschlussberichtes für den **Januar 2007** noch vor einer Kabinettsbefassung zugesagt worden. Dies ist offensichtlich nicht geschehen.

Nach Durchsicht des Abschlussberichtes und unter Einbeziehung des Schreibens des Landesrechnungshofes vom 01. Februar 2008 stellt sich für die kommunalen Landesverbände und ihre Mitglieder nun die Frage, ob und wie eine Einbeziehung der Kommunen zu diesem Projekt durch die Landesregierung weiter angedacht ist.

Da wir nach wie vor davon ausgehen, dass eine Beteiligung der Kommunen in der Projektorganisation sowohl für das Land Schleswig-Holstein als auch für die Kommunen von wirtschaftlichen Vorteilen sein kann, gehen wir von einer positiven Rückmeldung aus. Wir würden uns sehr freuen, mit Ihnen über die weiteren Details zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Jochen von Allwörden